

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Telegraph-Adresse:
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Nummernpreis:
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 19.

Dienstag, 24. Januar 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der hiesigen Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Belegträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kapankenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herrm. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Das Einlage- und Quittungs-Buch der Sparcasse zu Riesa Nr. 11 449 auf „Franz Paul Großschütz in Poppitz“ lautend, wird hierdurch für ungültig erklärt.
Riesa, am 18. Januar 1893.

Der Stadtrath.
Rathher.

Sch.

Bekanntmachung.

Das bis zum Schluß des Jahres 1892 fällig gewesene und noch im Rückstand befindliche Schulgeld

ist bei Vermeidung sofortiger Zwangsvollstreckung längstens bis

Bestellungen

auf das mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Abends erscheinende „Riesner Tageblatt und Anzeiger“ (Elbblatt und Anzeiger) für die Monate

Februar und März

werden von sämtlichen kaiserlichen Postanstalten, den Landbriefträgern, unsern Geschäftsstellen in Riesa und Strehla, sowie in den Ausgabestellen bei Herren **Paul Holz**, Ecke Poppitzer- und Schützenstraße, **H. B. Hennicke**, Hauptstraße, Kaufmann **Hermann Müller**, Kaiser-Wilhelm-Platz und **Paul Roschel**, Bahnhofstraße bei Abholung dortselbst zum Preise von 85 Pf. zahlbar pränumerando, angenommen; durch Träger frei ins Haus geliefert ist der Preis 1 Mark, durch die Post frei in Haus 1 M. 14 Pf. (bei Abholung am Postschalter 84 Pf.)

Inserate finden durch das „Riesner Tageblatt und Anzeiger“, da dasselbe in seinem Amtsbezirk die bei Weitem verbreitetste und gelesenste Zeitung, anerkanntermaßen die beste und zweckentsprechendste Verbreitung.

Riesa,

Die Geschäftsstelle.

Kapankenstraße 59.

Tagesgeschichte.

Wieviel kostet uns Deutsche die Verteidigung des Vaterlandes? Mit dieser wichtigen Frage befaßt sich ein soeben bei E. S. Mittler und Sohn erschienenes Flugblatt, es werden darin sorgfältige vergleichende Berechnungen für Deutschland und die Staaten Frankreich, England, Italien und Oesterreich-Ungarn angestellt und deren Ergebnisse dahin zusammengefaßt: „Aus unseren Berechnungen ergibt sich, daß, wie man den Steuerdruck auch berechnen mag, er in Deutschland am geringsten ist. Wir sind das Land, das den verhältnismäßig geringsten Theil seiner Staatsausgaben durch Steuern zu decken hat; wir sind das Land, das pro Kopf der Bevölkerung den geringsten, und zwar den weitaus geringsten, Steuerfuß aufzubringen hat. Unsere Militärausgaben drücken uns am wenigsten. Unser Schuldenverhältnis ist das günstigste in Europa, man mag es berechnen, wie man will, und ist auch darum das günstigste, weil fast alle unsere Schulden für Anlagen aufgenommen sind, die ihrerseits wiederum der Staatskasse Reineinnahmen bringen. Vorstehende Ergebnisse werden durch Hinzunahme der Gemeindesteuern innerhalb der verglichenen Staaten zu den Staatsausgaben kaum verändert. Auch unter Hinzurechnung der Gemeindesteuern und Aufbringungen ist Deutschland das Land, in welchem pro Kopf der Bevölkerung bei Weitem am wenigsten Steuern gezahlt werden, also die Militärausgaben am wenigsten den Bürger drücken. Unter diesen Umständen ist die Behauptung falsch, daß wir an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit angelangt seien. Mag man gegen die Militärausgaben Gründe geltend machen, welche man immer wolle: dieser Grund ist hinfällig. Denn auch selbst nach Annahme der Vorlage zahlt der Deutsche doch immer an Steuern nur 21,8 M., gegen 58,1 M., die der Franzose, 39 M., die der Engländer, 32,3 M., die der Italiener, 28,2 M., die der Oesterreicher zahlt. Für Landes-

verteidigung und Schulzinsen zusammen aber zahlt der einzelne Deutsche nach Annahme der Vorlagen in Steuern nur 8,1 M., gegen 32,1 M., die an Steuern für diese Zwecke den Franzosen heute schon belasten, gegen 25,3 M., die der Engländer, 21,4 M., die der Italiener, 13,2 M., die der Oesterreicher an Steuern, für Sicherung seines Vaterlandes nach außen und für Verzinsung der Schulden seines Landes, aufbringen muß.“

Deutsches Reich. Auf dem Hofball am Freitag wurde, wie die „Nat.-Lib. Corr.“ behauptet, eine längere Unterredung des Kaisers mit dem Landtagsabgeordneten General-Direktor Ritter viel bemerkt. Der Kaiser soll sich darin über die Bergarbeiterverhältnisse ausgesprochen und die Richtung, welche diese Bewegung neuerdings eingeschlagen, streng mißbilligt haben. — In Bockum wurde eine zum Sonntag einberufene Bergarbeiter-Versammlung für alle Bezirke des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers von nur etwa 300 Personen besucht. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Am 2. Februar soll eine allgemeine Versammlung stattfinden.

Wie der „Dann. Cour.“ mittheilt, haben die freikonservativen, die konservativen und die nationalliberale Partei des Reichstags am Freitag und Sonnabend Abend Sitzungen abgehalten, worin über den Weg zu einer Verständigung über die Militärvorlage berathen worden ist. Ueber die Beschlüsse, welche gefaßt wurden, verlautet noch nichts. Es kann wohl aber kaum zweifelhaft sein, daß man sich verständigt hat. Anscheinend mit diesen Verhandlungen hängt es zusammen, daß die für gestern Abend angesetzte Berathung des Heeresauschusses auf heute vertagt worden ist.

In Hildesheim hat am Sonntag eine nationalliberale Versammlung, die von zahlreichen Wählern des 10. hannoverschen Reichstags- und 16. Landtags-Wahlkreises besucht war, einstimmig beschlossen, daß in Anbetracht der politischen Lage eine ausreichende Verstärkung des Heeres notwendig sei. Sie schließt sich den Vorschlägen Bennigens in der Militärkommission unter gleichzeitiger Festlegung des Prinzips der zweijährigen Dienstzeit an.

Zu den Beratungen der Militärkommission schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“: „In ihrer nächsten Sitzung (heute) hofft die Militärkommission des Reichstages mit der Generaldebatte über die Heeresvorlage fertig zu werden. Die bisherigen Verhandlungen haben die Sache so gut wie gar nicht gefördert: die Entscheidung ist nach keiner Seite vorgeückt. Die letzte Kommissions-Sitzung hat wieder keinerlei Zeichen einer heranziehenden Verständigung gebracht. Im Gegensatz zu der wieder schroffer gewordenen Stellung des Centrums, die immer eintritt, wenn Herr Lieber das Wort führt, wollte man in der Rede des deutsch-freisinnigen Abgeordneten Hinze einige Jäger des Entgegenkommens erblicken. Die Freisinnigen haben jetzt offenbar keine Freude an einer Krisis und würden herzlich gern sehen, wenn eine Verständigung zu stande kommt, zumal, wenn sie dabei nicht mitzuwirken brauchen. Auf thätige freisinnige Hilfe wird man aber schwerlich rechnen dürfen. Die Entscheidung liegt einmal an allerhöchster Stelle und sodann beim Centrum, und über den Entschlüssen dieser beiden Potenzen schwebt noch tiefes Dunkel. Es wäre aber in hohem Grade wünschenswert, wenn die Entscheidung, sie falle nun so oder so, sich nun nicht gar zu lange mehr hinauszöge. Der Worte sind allmählich genug gewechselt.“

Ein Berliner Brief der „Politischen Korrespondenz“ fährt aus: „Gewisse zur Panama-Affaire hinzugetretene Momente verleben der letzteren gewissermaßen eine internationale Bedeutung. Vielleicht gelange die Frage auf die

zum 25. dieses Monats

an die hiesige Stadthauptkasse abzuführen.

Riesa, am 17. Januar 1893.

Der Stadtrath.
L. V.: Lunge.

Singsh.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 300 Kubikmeter **hargeschlagenen Steinen** zum Begebau soll vergeben werden. Bedingungen sind bei Unterzeichnetem einzusehen.

Offerten und Muster erbittet man sich bis **1. Februar 1893.**

Gemeindevorstand Gröba, am 18. Januar 1893.

A. Otto, Vorstand.

Tagesordnung, ob es nicht im Interesse wünschenswerther freundlicher Beziehungen der Mächte zu Frankreich liege, fortan zur diplomatischen Vertretung daselbst Funktionäre zu entsenden, die bloß die Regierung des betreffenden Staates vertreten, ohne zugleich den Souverän zu repräsentieren.

Vom Reichstage. Am Montag ward zunächst die Vorlage über Einführung der Einheitszeit in zweiter Lesung angenommen nachdem erst eine Reihe von Rednern dem Beispiele des Herrn v. Heeremann gefolgt waren, der für angezeigt hielt, daß „die gute alte verständige und natürliche Zeit hier nicht ohne Zeichenreden zu Grabe getragen“ werde und über epidemische geistige Krankheiten schalt, die zu unverständigen Neuerungen führten. Die sachlichen Bedenken, die in letzter Stunde namentlich Herr v. Stumm noch einmal vorbrachte, fielen beinahe durch den Wind. Die West- und Ost- des Reiches mit den Bestimmungen des Arbeiterschutzgesetzes in Unthätigkeiten zu kommen besorgt, der Arbeitsanfang und Schluß für jugendliche Arbeiter an gewissen Stunden bindet, während andererseits die Arbeitszeit in gewissen Betrieben aufs Tageslicht angewiesen ist. Der Ausschuss hatte deswegen dem Gezeche eine Resolution aufzusuchen wollen, worin ausgesprochen war, daß durch Gesetzesbestimmungen den zu erwartenden Unzuträglichkeiten abgeholfen werden solle. Der Staatssekretär v. Boetticher wehrte sich aber dagegen; man solle erst abwarten, ob sich wirklich Mißstände ergeben würden, und dann werde die Regierung die Erste sein, für entsprechende Auslegung und Änderung der Arbeitsordnungen zu sorgen, und so fiel die Resolution denn auch in der Abstimmung. Alsdann kam das neue Buchergesetz in Berathung, von dem der Staatssekretär des Reichsjustizamts Panauer zu benehmen trachtete, daß es das Gesetz von 1881 nicht grundsätzlich verändere, sondern nur in manchen Punkten ergänze. Freilich, daß man mit diesen Verstärkungen dem Bucher ein Ende bereiten könne, siehe dahin; aber man müsse Alles thun, den gewöhnlichen- und gewerdmäßigen Bücher, und namentlich auch den Sachbücher strafbar zu machen. Von den Konservativen sprachen Herr Giese, vom Centrum Herr v. von Buol für das Gesetz, während Herr Horwig von der deutsch-freisinnigen Partei das Recht zu wuchern oder sich bewachern zu lassen, eher als freies Menschenrecht gelten lassen wollte.

Oesterreich-Ungarn. Die Wiener „Sonntags-Zeitung“ kündigt die Einbringung einer Vorlage betr. die Erhöhung des Friedensstandes des Heeres an.

Serbien. Der serbische Regent Belimarkowitsch soll tobsüchtig geworden sein. — Zwischen Milan und Natalie wurde Alles betreffs Wiederaufnahme der ehelichen Gemeinschaft vereinbart; Milan hat bereits Schritte gethan, um hierfür die kirchliche Zustimmung zu erlangen. Belgrad war am Freitag glänzend illuminiert; Fackelzüge mit Musikbänden durchzogen die Straßen.

Bulgarien. Die Reise des Fürsten von Bulgarien, der gestern in München eintraf, gilt, wie allseitig geglaubt wird, seiner Verlobung; es soll sich um eine Tochter des Grafen von Caserta handeln.

Frankreich. Der Minister des Aeußern Develle suchte am Sonntag den deutschen Botschafter Grafen Münster auf, um ihm sein Bedauern über die verleumdenden Angriffe der französischen Presse auf andere Vertreter der Dreieinmächte auszusprechen.

Amerika. Die „New York Times“ bringt einen Bericht über eine Unterredung mit dem neugewählten Präsidenten Cleveland. Danach hätte Cleveland geäußert, er